

„CO₂-Kosten überdenken“

Der CDU-Europaabgeordnete Markus Pieper warnt vor Belastung der Autobranche

Bielefeld (WB). Hersteller, Zulieferer, Händler – Corona trifft die Autobranche mit voller Wucht. Auch in Ostwestfalen-Lippe stehen viele Arbeitsplätze auf dem Spiel. Und nach der Krise soll die geschwächte Autoindustrie obendrein neue Vorgaben der EU-Kommission erfüllen. Wie soll das gehen? Das hat Andreas Schnadwinkel, CDU-Europaparlamentarier Dr. Markus Pieper aus Lotte (Kreis Steinfurt) gefragt, der in Brüssel die Kreise Herford, Minden-Lübbecke und Lippe vertritt.

? Die Automobilindustrie ist in ganz Europa stark von Corona betroffen. Millionen Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Warum hält die EU-Kommission daran fest, die Autohersteller mit CO₂-Strafzahlungen in Höhe von 15 Milliarden Euro allein in diesem Jahr zu belasten?

Markus Pieper: Die dramatische Wirkung der Corona-Krise muss Anlass sein, Entscheidungen aus der Vergangenheit, also vor der Corona-Pandemie, zu überdenken. Die Bedingungen müssen der wirtschaftlichen und sozialen Dimension der Krise angepasst werden. Was die CO₂-Strafen angeht, sollte man über einen Aufschub sprechen, aber nicht über einen Erlass. Auch die EU-Kommission sollte das, was vor Corona als selbstverständlich schien, auf den Prüfstand stellen. Einer Industrie, die wieder in Gang kommen muss, darf man nicht die Luft zum Atmen nehmen.

? Ursula von der Leyens EU-Kommission fordert, dass bis 2030 Autos nur noch 65 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ausstoßen. Wenn nicht, werden Strafen fällig und Autos teurer. Ist da noch Spielraum?

Pieper: Natürlich halte ich es für angebracht, die nächsten Schritte bei den Grenzwerten noch einmal einem politischen „Krisencheck“ zu unterziehen, aber ich bin auch zuversichtlich, dass die deutsche Autoindustrie die neuen Grenzwerte möglich macht.

? Sind die Zulieferer gefährdeter als die Hersteller?

Pieper: Die Hersteller haben mehr Liquidität, um die Krise über Monate durchzustehen. Aber mit-



Die Corona-Krise belastet auch die Autobranche. Verbände arbeiten daran, weitere Umweltauflagen zu bremsen.

Foto: dpa

telständig geführte Zulieferbetriebe haben diese Finanzpuffer nicht. Diesen Betrieben müssen EU, Deutschland und NRW durch die Durststrecke helfen. Viele Programme kommen bereits an, über Erweiterungen, Verlängerungen und Vereinfachungen reden wir gerade.

? Kann der „Green Deal“, die Transformation der Wirtschaft nach Klimastandards, der Krisensituation angepasst werden, oder ist er schon Geschichte?

Pieper: Der „Green Deal“, also neue EU-Vorgaben für eine Klimaneutralität bis 2050, war schon für eine Wirtschaft in Bestform eine gigantische Herausforderung. Nach dem Corona-Aderlass ist er so, schlicht und einfach, nicht finanzierbar. Deswegen muss es bei den CO₂-Kosten eine ganz neue Folgenabschätzung für Industrie und Mittelstand geben.

? Anfang 2021 soll die CO₂-Bepreisung in Deutschland beginnen, und zwar mit 25 Euro pro Tonne. Ist diese nationale Belastung für die Industrie wegen der Corona-Folgen über-

haupt noch zu halten?

Pieper: Ich fordere, dass die Bundesregierung vorerst ihr ursprüngliches Klimaschutzgesetz umsetzt und eine Tonne CO₂ mit zehn Euro bepreist. Diese Übergangsphase könnte in einem Moratorium geregelt werden. Die mittelständische Wirtschaft setzt viel Prozesswärme ein und wird von den Klimakosten stark betroffen sein, zum Beispiel Verzinkeereien als Zulieferer für die Auto-



Dr. Markus Pieper, CDU-Europaabgeordneter

mobilitätsindustrie. Ich denke, dass wir uns diese Belastung der Wirtschaft nach der Corona-Krise auch aus sozialer Sicht nicht werden leisten können, also Übergangsregelungen zulassen müssen. Europa und Deutschland blieben trotzdem im Einklang mit den Pariser Klimavorgaben, nicht zuletzt durch die enormen CO₂-Reduzierungen der letzten Jahre und den künftigen Kohleausstieg.

? Muss die EU-Kommission jetzt auch von Belastungen der Autoindustrie absehen, um die Übernahme der durch Corona angeschlagenen europäischen Konzerne zu verhindern?

Pieper: Wir sprechen da von Schlüsselindustrien und kritischen Infrastrukturen. Und wenn es absehbar wäre, dass chinesische, indische oder US-amerikanische Konzerne die Schwäche unserer Industrie ausnutzen wollten, dann haben wir mit Blick auf Corona bereits das EU-Wettbewerbsrecht geändert. Nationale Regierungen haben von der EU freie Hand bekommen, solche Übernahmeversuche mit bestimmten Eingriffsverfahren zu verhindern.

? Sollten Brüssel und Berlin die Fixierung auf Elektroautos aufgeben, weil die Kunden diese Autos nicht haben wollen?

Pieper: Politik sollte sich darauf konzentrieren, einige wenige Vorgaben im Rahmen des Emissionshandels zu machen. Wir geben der Industrie eine klare Vorgabe mit CO₂-Zielen und eine bestimmte Zahl von Zertifikaten, die man untereinander handeln kann. Wie die Betriebe damit klar kommen, muss Sache der Wirtschaft bleiben.

Wenn Elektromobilität eine der Lösungen ist, dann ist das genau so gut wie effizientere Verbrennungsmotoren. Diese Entwicklung sollten wir über Zwangsquoten nicht behindern. Der Maßstab unseres Handelns muss das Erreichen der CO₂-Ziele sein, also die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens. Und wenn die Wirtschaft sich zuverlässig in diesem Rahmen bewegt, sollten wir uns politisch nicht mit Quoten und Verboten einmischen. Ich bin überzeugt, dass der Emissionshandel auch in den Bereichen Verkehr und Wohnen funktionieren kann, was ja Ziel der EU und der Bundesregierung ist.

VW fordert Kaufprämie

Wolfsburg (dpa). Der Autobauer Volkswagen fordert wegen der drohenden Nachfrageflaute in der Corona-Krise eine neue staatliche Förderprämie. „In dieser Situation sollte eine Prämie breit angelegt sein und auch moderne Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor umfassen“, sagte der bei der Marke VW fürs Tagesgeschäft zuständige Manager Ralf Brandstätter im Gespräch mit dem „Handelsblatt“. „Die bisherige Förderung von Elektrofahrzeugen sollte fortgesetzt werden“, sagte Brandstätter. Ein neues Fördermodell könnte sich an eingesparten Emissionen des klimaschädlichen Abgases Kohlendioxid (CO₂) orientieren. An den bestehenden Klimazielen wolle VW auf jeden Fall festhalten, so Brandstätter. „Viele profitieren davon, wenn es in der Automobilindustrie wieder losgeht“, betonte Brandstätter die Bedeutung der Branche für die deutsche Volkswirtschaft. Deutschlands wichtigster Industriezweig stehe für zehn Prozent der heimischen Wirtschaftsleistung.

Einigung kostet 620 Millionen

Wolfsburg (dpa). Im Diesel-Vergleich zum Abgaskandal hat sich Volkswagen inzwischen mit rund 200.000 Kunden geeinigt. Insgesamt könnten so etwa 620 Millionen Euro an Entschädigungen fließen, wie der Konzern am Montag in Wolfsburg mitteilte. Die Summe setze sich aus Einzelbeträgen von 1350 bis 6250 Euro für die infrage kommenden Modelle und Altersklassen der Fahrzeuge zusammen. Das Geld soll vom 5. Mai an ausgezahlt werden. Bei etwa 21.000 Fällen stehe die abschließende Prüfung noch aus: „Diese Kunden werden benachrichtigt, sobald die Bearbeitung abgeschlossen ist.“ VW erklärte zudem, dass sich interessierte Dieselfahrer noch bis zum 30. April registrieren lassen und fehlende Unterlagen nachreichen können. Ursprünglich war die Anmeldefrist Anfang dieser Woche ausgelaufen. Wer sich im Vergleichsportaal bis zum 20. April registriert hat und noch keine Annahmepbenachrichtigung erhalten hat, dessen Fall werde weiter geprüft, hieß es.

www.westfalen-blatt.de

Aus gegebenem Anlass / Wichtige Information für unsere Abonnenten:

Seriöse Information war selten so wichtig wie heute!

Uns als **WESTFALEN-BLATT** liegt es am Herzen, Sie als Abonnenten mit allen wichtigen Nachrichten zur Corona-Pandemie zu versorgen: global, deutschlandweit – und – in der aktuellen Situation entscheidend – auch aus Ihrer Region.

Gerade in Zeiten wie diesen ist es uns wichtig, Sie stets über alle aktuellen Geschehnisse zu informieren – selbst dann, wenn es in der Auslieferung der Zeitung oder in der Produktion einmal nicht so läuft, wie es sollte.

Weil Sie uns als Abonnent wichtig sind, erhalten Sie in einem solchen Fall als Sonderservice einen **Zugang zur eZeitung** – ganz unkompliziert und kostenfrei. So bleiben Sie sicher informiert.

Melden Sie sich jetzt an:

Einfach QR-Code scannen, auf:
www.westfalen-blatt.de/servicenewsletter
das Formular ausfüllen und absenden.

